



# KÖLNLIBERAL

ZEITSCHRIFT FÜR FREIE DEMOKRATEN IN KÖLN

Freie  
Demokraten

FDP Köln



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sprach zu den Liberalen in der Flora

Bild: Sascha Menge

## 70-JAHR-FEIER IN DER FLORA

Anfang November feierte die FDP 70 Jahre Freie Demokraten in Nordrhein-Westfalen. Mehrere Hundert Gäste hatten sich auf den Weg in die Kölner Flora gemacht. Christian Lindner, Vorsitzender der FDP, dankte den zehntausenden Mitgliedern und Unterstützern, die sich für die Freien Demokraten engagierten und engagieren.

Der nordrhein-westfälische FDP-Generalsekretär, Johannes Vogel, eröffnete die Veranstaltung. Er erläuterte, dass die Freien Demokraten NRW in ihrer Geschichte mehrfach selbst dann für ihre Überzeugungen eingestanden hätten, wenn es für sie existentielle Folgen hätte haben können. Er unterstrich in seiner Rede die Notwendigkeit, Politik langfristig zu denken. Seine Vision für das bevölkerungsreichste Bundesland der Republik: „Wir wollen NRW zum modernsten Bundesland machen.“

Die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sprach ein Grußwort anlässlich des FDP-Jubiläums. „Die FDP ist eine verlässliche Streiterin für Demokratie und Welttoffenheit“, würdigt die Ministerpräsidentin. Die Freien Demokraten hätten Landes- und Bundespolitik mitgeprägt. Sie gedachte auch dem verstorbenen Guido Westerwelle, dessen Stimme in Europa fehle. „Westerwelle hat stets daran erinnert, dass Europa nicht nur ein freier Binnenmarkt, sondern eine Wertegemeinschaft ist“, so Kraft.

Für eine bunte Gesprächsrunde kamen mit den beiden ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landesministern Nordrhein-Westfalens, Burkhard Hirsch und Andreas Pinkwart, dem ehemaligen Bundesminister Gerhart R. Baum, der Kölner Kreisvorsitzenden und bildungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Yvonne

Fortsetzung auf Seite 2

<b>IMPRESSIONEN „70 JAHRE FDP-NRW IN DER FLORA“</b>	S. 02
<b>DER SCHWANZ WACKELT MIT DEM HUND</b> RALPH STERCK	S. 04
<b>DIE ZUKUNFT DER TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN</b> HANS H. STEIN	S. 05
<b>INTERVIEW MIT REINHARD HOUBEN</b>	S. 06
<b>TTIP VOR DEM AUS – SCHADE!</b> LORENZ DEUTSCH	S. 08
<b>GRÜN UND SCHWARZ</b> RENATE DOMKE & NORBERT HILDEN	S. 10

## VORWORT



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

es passieren immer wieder Dinge, die man zunächst gar nicht für möglich zu halten geglaubt haben konnte ... Donald Trump wird Präsident, Angela Merkel kandidiert für eine vierte Kanzlerschaft und die Österreicher wählen einen Grünen zum Bundespräsidenten. Was davon letztendlich nur die Wahl zwischen Pest und Cholera, was alternativlos und was ein Sieg der Vernunft ist, das zu beurteilen, kann jeder und jede für sich selbst entscheiden. Es zeigt aber, dass sich in der Welt, in Europa und in Deutschland zukünftig sehr viel verändern wird.

Für uns in Nordrhein-Westfalen stehen im kommenden Jahr zwei Wahlen an, die auch für uns Kölnerinnen und Kölner einiges verändern werden. Im Mai wählen wir einen neuen Landtag in Düsseldorf und im September den neuen Bundestag. Als Freie Demokraten werden wir jeweils mit Christian Lindner an der Spitze in die Wahlkämpfe ziehen. Mit unserem Kölner Spitzenkandidaten für Berlin, Reinhard Houben, habe ich ein interessantes Gespräch geführt, das Sie ab Seite 6 nachlesen können.

Ich gratuliere der FDP-NRW an dieser Stelle auch zum 70. Geburtstag und wünsche uns erfolgreiche Wahlkämpfe vor Ort, verbunden mit der Hoffnung, dass am Ende eine politische und demokratische Vernunft über den derzeit grassierenden populistischen Extremismus obsiegen wird. Bis dahin eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit und einen hoffentlich guten Start ins neue Jahr!

Mit liberalen Grüßen  
Stephan Wieneritsch  
CHEFREDAKTEUR

Gebauer sowie dem FDP-Neumitglied Denise Jücker eine Handvoll Liberale zusammen auf die Bühne.

Hauptredner des Tages war der Landesvorsitzende der FDP, Christian Lindner. Er konstatierte vor dem Hintergrund des siebzugjährigen Bestehens der Freien Demokraten NRW, dass sie nun eine „Altpartei“

sei – was gegenwärtig oft despektierlich gemeint werde. „Eine Traditionsparterei zu sein, gibt uns in der Gegenwart aber auch Handlungssicherheit. In diesen aufgeregten und nervösen Zeiten birgt diese Tradition Orientierung für die Beantwortung der Fragen von Gegenwart und Zukunft.“ Deshalb sei er froh und stolz, dass die FDP eine Partei sei, in der über Jahrzehnte

hinweg gespeicherte Weisheit existiere. „Denn dann ist man auch vor weitgehenden Fehlentscheidungen und Irrwegen ein Stück mehr gefeit als andere.“ Er stellt abschließend fest: „Es ist im Interesse einer lebendigen Demokratie, dass es Freie Demokraten gibt.“ Jeder Bürger könne sie deshalb bei der kommenden Landtagswahl mit seiner Stimme stärken. [pm]





# DER SCHWANZ WACKELT MIT DEM HUND

## IM RATSBÜNDNIS BESTIMMEN DIE GRÜNEN DIE VERKEHRSPOLITIK – FDP LEGT EIGENEN VORSCHLAG ZUM VERKEHRSKONZEPT ALTSTADT VOR

Die Vereinbarung im Kooperationsvertrag zwischen CDU und Grünen, den nördlichen Gürtel nicht zu vollenden, sondern stattdessen einen Fahrradweg anzulegen, war schon ein schlechtes Omen für diese Ratsperiode. Bereits in einer der ersten Ratssitzungen unter neuer Farbenlehre wurde der Verwaltung ein entsprechender Planungsauftrag erteilt. Natürlich mussten die Christdemokraten bei den Verhandlungen mit dem neuen Partner Zugeständnisse machen. Aber dass sie in dieser Frage so weit hinter die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grüne fiel, die hier nur eine Umplanung zu einer normalen Stadtstraße vorsah, ist schon peinlich.

Weitere Entscheidungen in dieser Richtung folgten. So wurde z.B. die Zülpicher Straße in Höhe des Eisenbahnrrings gesperrt und Autofahrerinnen und Autofahrer gezwungen, den Umweg über die Luxemburger Straße, in diesem Bereich ohnehin ein Nadelöhr, zu nehmen. Der Hansaring wurde in Richtung Süden zwischen Saturn und Cinedom zu Gunsten eines Radfahrstreifens um eine Fahrspur für Kraftfahrzeuge reduziert. Und im Verkehrsausschuss wird diskutiert, den Autofahrern auf der Zoobrücke während der Sanierung eine Spur zu nehmen, weil es den im Vergleich zum motorisierten Verkehr objektiv wenigen Radfahrern nicht zuzumuten sei, ein Stück auf dem Gehweg zu fahren.

einer Politik, die dem Autoverkehr den nötigen Verkehrsraum streicht und ihn zu Umwegen zwingt, schafft man nur Staus, Parksuchverkehr und höhere Belastungen für alle Kölnerinnen und Kölner, egal, welches Verkehrsmittel sie nutzen.

Zum Lackmустest für die CDU, ob auch weiterhin in der Verkehrspolitik der Schwanz mit dem Hund wackelt, kommt es nun beim von der Verwaltung im Sommer vorgeschlagenen Verkehrskonzept Altstadt. Es sieht eine Trennung der Verkehrswege für den motorisierten Verkehr in Höhe des Rathauses vor, so dass eine Durchfahrt für Kraftfahrzeuge in Nord-Süd-Richtung und umgekehrt verhindert würde. Die Freien Demokraten haben Ende November in einer Pressekonferenz einen eigenen Vorschlag für die bevorstehende Debatte im Verkehrsausschuss und in der Bezirksvertretung vorgelegt.

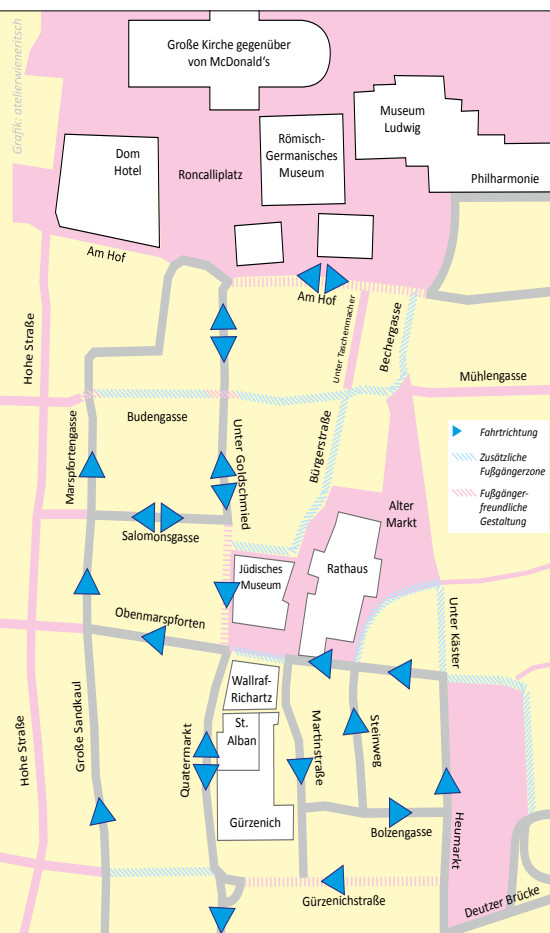
Die vorgeschlagene Lösung macht die Umgebung des Rathauses, des Jüdischen wie des Wallraf-Richartz-Museums wesentlich fußgängerfreundlicher, da zwölf Straßen und Plätze zu Fußgängerzonen umgewandelt und zusätzlich drei Straßen und zwei Kreuzungsbereiche besonders fußgängerfreundlich gestaltet werden. Es entsteht dadurch ein durchgehender Fußgängerbereich zwischen Dom und Heumarkt. Außerdem wird die wichtige Fußgänger Verbindung von der Breite Straße zum Rhein durch die Fußgängerzone Kleine und Große Budengasse attraktiviert.

Ein Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt – bei Enthaltung der CDU und der einzigen Gegenstimme der FDP gefasst, alle Parkplätze im öffentlichen Raum abzuschaffen, machten die Liberalen zum Thema einer aktuellen Stunde in der Ratssitzung im November. Auf ein Auto angewiesene Normalverdiener werden sich dann hier keine Wohnung mehr leisten können. Außerdem gefährdet dieser Beschluss – von den wegfallenden Parkgebühren mal ganz abgesehen – viele Arbeitsplätze in der City, weil im Einzelhandel und in der Gastronomie die Kundinnen und Kunden wegbleiben. Ein verheerendes Signal an alle diejenigen, die wir eigentlich nach Köln locken wollen.

Darüber hinaus bleiben die Einrichtungen und Parkhäuser in diesem Bereich von Norden und Süden erreichbar. Der Kraftfahrzeugverkehr in Richtung Norden wird auf der Achse Große Sandkaul/Marspfortengasse gebündelt und über die geöffnete Salomons-gasse abgeleitet. Die KFZ-Verbindung in Richtung Süden über den Straßenzug Unter Goldschmied, Quatermarkt und Kleine Sandkaul bleibt erhalten. Dies ermöglicht bei Veranstaltungen und starkem Einkaufsverkehr ebenso wie im Falle eines Notfalls die Ausfahrt und Entfluchtung der Altstadt in zwei Himmelsrichtungen.

Dies alles passiert vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt. Bis 2040 sagen Statistiken Köln bis zu 200.000 zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner voraus. Sicher ist es daher unumgänglich, Radfahrern und den Nutzern von Bus und Bahn bessere Bedingungen zu bieten, um mehr Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Häufig fehlen hierfür der Platz oder die finanziellen Mittel, um z.B. das Schienennetz von KVB und DB entsprechend auszubauen. Aber mit

.....  
Ralph Sterck  
Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion



NACH DEN US-WAHLEN

# ZUR ZUKUNFT DER TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN UND WAS WIR LERNEN KÖNNEN

Am 9. November rieb sich die Welt die Augen: Die US-Amerikaner hatten doch tatsächlich den Milliardär, Immobilienunternehmer und TV-Star Donald Trump zum 45. Präsident der Vereinigten Staaten gewählt. Wenn auch die frühere Außenministerin Hillary Clinton rund zwei Millionen mehr Wählerstimmen erzielen konnte, erreichte Donald Trump eine deutliche Mehrheit im entscheidenden Electoral College, dem Gremium, das am 19. Dezember den Präsidenten wählt.

## Make America great again

Was viele Beobachter, Experten, Politiker und Journalisten einfach nicht wahrhaben wollten: Die Zeichen standen in den USA auf politischer Veränderung. Nur 35 Prozent der US-Amerikaner glaubten und glauben, dass ihr Land auf dem richtigen Weg ist. Das „Weiter so“, für das Hillary Clinton als Verkörperung des Establishments stand, war nicht die begeisternde Zukunftsaussicht. Es reichte nicht, die politische Unerfahrenheit und das sprunghafte Temperament des Gegenkandidaten in den Mittelpunkt des eigenen Wahlkampfes zu stellen und sich selbst als „alternativlos“ zu verkaufen. Die Wähler projizierten ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft auf den Kandidaten, der für Veränderung stand: Donald Trump. Sein einfacher Slogan „Make America great again!“ blieb beim Wähler hängen. Auch wenn die Charaktere nicht verschiedener und die Politikansätze nicht unterschiedlicher sein könnten, das damit verbundene Zukunftsversprechen klingt gar nicht so viel anders als Barack Obamas Wahlkampfeslogan aus dem Jahr 2008 „Hope and Change“. Und so wurde eben Donald Trump gewählt und mit ihm die republikanische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses bestätigt.

## Trump und transatlantische Beziehungen

Donald Trump ist außenpolitisch betrachtet ein weißes Blatt. Auch seine Berater gehören nicht zu den bekannten republikanischen Experten. Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen gibt es

bislang nur die Handelspolitik und das „burden sharing“ bei der Verteidigungspolitik, bei denen sich eine klarere Linie abzeichnen. Trump hat mehrfach betont, dass er kein Freund der bestehenden Handelsabkommen ist und angekündigt, er werde unmittelbar nach Amtsantritt das Transpazifische Handelsabkommen aufkündigen. Auch wenn dieses von seiner Natur her anders ist als die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), werden auch die Gespräche zu TTIP höchstens auf kleiner Flamme weitergeführt werden. Außerdem muss sich Europa darauf einstellen, dass die Regierung Trump künftig noch lauter und deutlicher eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben bei den europäischen Partnern einfordern wird. Kommt Europa den Forderungen nicht nach, besteht die Gefahr, dass sich die USA aus ihren Bündnisverantwortungen zurückziehen. Diese beiden Politikfelder zeigen, dass den transatlantischen Beziehungen eine komplizierte Phase bevorstehen kann.

## Können wir aus den US-Wahlen lernen?

Im nächsten Jahr stehen Europa und gerade die Liberalen vor richtungsweisenden Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland. Nach dem Brexit-Votum und der Wahl Donald Trumps fühlen sich populistische Parteien im Aufwind. Können wir Lehren aus den US-Wahlen 2016 ziehen?

- Eine alte Weisheit hat sich auch diesmal wieder bestätigt: Mit einem gut geführten Wahlkampf gewinnt man nicht

automatisch die Wahl. Mit einem schlecht geführten Wahlkampf verliert man sie aber garantiert. Zu früh glaubte das Clinton-Team, die Wahl bereits gewonnen zu haben und nahm Warnsignale nicht ernst.

- Die Wahlkampfmaschinerie kann nur dann erfolgreich laufen und Wähler an die Wahlurne bringen, wenn man eine klare, positive Botschaft vermittelt. Hillary Clinton konnte zwar hunderte neuer Programme aufzählen, aber hatte keine Botschaft.

- Der Gegenkandidat darf nicht unterschätzt werden. Trumps Rhetorik gab den Wählern und insbesondere denjenigen, die sich lange vergessen fühlten, das Gefühl, dass ihre Zukunftswünsche erhört und ernst genommen werden.

- Wähler sind wechselhaft und entscheiden immer später, wen sie wählen und ob sie überhaupt zur Wahl gehen – und schon gar nicht sagen sie es den Demoskopen.

- Soziale Medien verändern den Wahlkampf. 60 Prozent der US-Wähler nehmen Nachrichten aus ihrer eigenen Social-Media-Welt auf. Falschmeldungen und Gerüchte können schnell zur „angenommenen Wahrheit“ werden. Nicht zu unterschätzen ist auch der Versuch von Putins Russland, in Ländern des westlichen Bündnisses Unsicherheit und Instabilität zu schaffen. Wikileaks ist schon lange keine Plattform für Wahrheit und Transparenz mehr.

.....  
Hans H. Stein

*Direktor des Europäischen und Transatlantischen Dialogs der Friedrich-Naumann-Stiftung*



**„MAN MUSS SICH NICHT DAFÜR SCHÄMEN,  
SICH MIT DEM AUTO ZU BEWEGEN.“**

**Herr Houben, im kommenden Jahr stehen in Nordrhein-Westfalen zwei große Wahlen ins Haus. Sie kandidieren als Spitzenkandidat der Kölner Freien Demokraten für den Bundestag. Was ist Ihre Motivation?**

Die letzte Bundestagswahl war für mich ein großer persönlicher Schock. Ich habe mir nie vorstellen können, dass die FDP einmal nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten sein wird. Und die letzten Jahre haben auch gezeigt, dass die Lebenseinstellung, die inneren Werte, die ich mit mir herumtrage, von sonst niemandem im Bundestag mitgetragen und vorgetragen werden. Und ich habe eine gewisse Erfahrung, die FDP wieder erfolgreich zurück in den Rat und auch in den Landtag mit zu führen. Wir sind 1994 aus dem Rat rausgeflogen, das hat uns allen sehr weh getan. Wir haben uns zusammengerauft in Köln und unter Führung von Ralph Sterck 1999 den Wiedereinstieg ins Kölner Politikgeschäft erreicht. Seitdem haben wir eine erfolgreiche Ratsfraktion, da habe ich mitgemacht.

Auf Landesebene habe ich mit einigen Kreisvorsitzenden hier aus dem Bezirksverband, Christian Lindner, Werner Hümmrich und Andreas Pinkwart, die drei vor allen Dingen, nach der Möllemann-Krise dafür gesorgt, dass wir uns auf Landes-

ebene neu aufgestellt haben. Unser Kreisverband in Köln hat Andreas Pinkwart ja die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, damit er eine eigene Kampagne führen konnte, und ich habe auch meinen persönlichen Beitrag dazu geleistet, dass er auf dem Landesparteitag in Düsseldorf kandidiert hat. Durch diese Personalentscheidung haben wir es geschafft, auch in Nordrhein Westfalen politisch wieder ins Geschäft zu kommen und wieder in den Landtag einzuziehen. Und das möchte ich jetzt beim Bundestagswahlkampf auch wieder schaffen. Deshalb mache ich mit.

**Mehr Bildung und mehr Digitalisierung: Ist das der Weg, auf dem Christian Lindner die FDP zurück in den Bundestag führen wird?**

Sicher sind die Themen Bildung und Digitalisierung sehr wichtig und ich bin froh, dass Christian Lindner diese Themen immer wieder anspricht. Wenn man aber über Bundestagswahlkampf spricht, muss man sehen, dass die Bildungspolitik, zumindest im Moment, fast hauptsächlich Ländersache ist. Inhaltlich bin ich der Meinung, der Bund müsste sich mehr in die Bildung einmischen, aber dafür müssten wir in Berlin erst einmal die Gesetzesgrundlagen schaffen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Digi-

talisierung kommt, unabhängig davon, ob die Politik das will oder nicht. Es ist eine Kernaufgabe für uns, eine Infrastruktur zu schaffen, dass man im Rahmen dieser neuen Technologie wirklich gut ausgestattet ist. Damit nicht nur Unternehmen, sondern auch Freiberufler und Privatleute die ganzen Möglichkeiten der Digitalisierung ausschöpfen können. Es kann nicht sein, dass wir uns in bestimmten Gegenden über Schlaglöcher aufregen und gleichzeitig auch noch über Funklöcher. Ein weiteres wichtiges Thema darüber hinaus ist aber auch, wie wir im postfaktischen Zeitalter wieder dazu kommen, Fakten wahrzunehmen und auf Grundlage von Fakten Entscheidungen zu fällen. Hier sehe ich meinen persönlichen Schwerpunkt natürlich in der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik.

**Als Mitglied des Rates sind Sie mit den großen und kleinen Problemen unserer Stadt bestens vertraut. Welche Möglichkeiten sehen Sie für sich in Berlin, positiv auf unsere Stadtentwicklung einzuwirken?**

Das erste, was ich in Berlin gerne für meine Heimatstadt Köln erreichen wollen würde, ist, dass es wieder eine starke „Kölsche Fraktion“ gibt, auch über Fraktionsgrenzen hinaus. Gerade das Bundesland Bayern zeigt uns ja, wie man erfolg-

*Reinhard Arnold Houben ist 1960 geboren. Mit seiner Frau Bettina hat er zwei Söhne. Der Diplom-Kaufmann ist geschäftsführender Gesellschafter der Arnold Houben GmbH, einem mittelständischen Unternehmen in Köln.*

*Nach Beendigung seines Studiums im Jahr 1983 trat er in die FDP ein. Im Laufe seiner politischen Arbeit hat er verschiedene Ämter bei den Jungen Liberalen, der FDP und der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker übernommen. Von 1989 bis 1994 war er erstmalig Ratsmitglied. Später war er von 2000 bis 2011 Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Köln. 2004 wurde er in den Landesvorstand der FDP-NRW gewählt. Bis 2015 war er zudem Wirtschaftspolitischer Sprecher der Ratsfraktion und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.*

*2014 kam er erneut in den Rat. Seitdem ist er dort Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Verkehrspolitischer Sprecher. Zudem ist er auch Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Köln. 2017 tritt er in Köln als Spitzenkandidat der Freien Demokraten an.*

reich für eine Region wirbt und auch für eine Region Bundesmittel „abgreift“. Wir müssen, gerade im Bereich der Infrastruktur, mehr Projekte in der Schublade haben, damit in dem Moment, wo Gelder frei werden, wir uns im Rheinland, und da ist Köln die prägende Stadt, melden und sagen können, hier haben wir ein Projekt, das ist schon durchgeplant, wir können sofort starten, bitte, gebt uns die Mittel. Darüber hinaus bin ich der festen Überzeugung, dass man durch das persönliche Eintreten für die Stadt Köln zeigt, welches Riesenpotenzial in dieser Stadt liegt. Wir werden von außen häufig über Karneval und jetzt auch leider über die Silvesternacht wahrgenommen, das ist natürlich viel zu wenig. Köln ist, ohne dass sie Regierungssitz ist, eine ganz starke, lebhaft und innovative Metropole mitten in Europa. Und ich möchte auch mit einem gewissen Schuss Selbstbewusstsein in Berlin für diese Stadt eintreten.

***Sie sind Verkehrspolitischer Sprecher der Ratsfraktion. Wie sehen Sie die derzeit von den Grünen dominierte Verkehrspolitik in Köln?***

Ich glaube nicht daran, dass wir unsere verkehrspolitischen Probleme nur dadurch lösen, dass wir vermehrt Radwege bauen. Sicherlich ist das Fahrrad im Mix der

unterschiedlichen Verkehrsträger ein Teil der Lösung, es ist aber keine heilige Kuh, genauso wie das Auto nicht der absolute Bösewicht ist. Wenn aber eine solche Ideologie, die nur das Fahrrad und alles andere immer nur in zweiter oder dritter Linie betrachtet, zur Politik wird, schadet es nicht nur dem Wirtschaftsstandort, sondern es schadet am Ende vor allen Dingen den Bewohnern der Stadt selbst. Es muss auch weiterhin ein Lebensmodell geben mit dem Auto. Und man muss sich auch nicht dafür schämen, sich mit dem Auto zu bewegen.

***Von Köln nach Washington: Hat sich Ihr Bild von den Vereinigten Staaten nach dem Wahlsieg von Donald Trump geändert?***

Meine erste Frage ist, wie schlecht waren wir informiert und wie schlecht haben wir auf die USA geschaut, vor der Wahl von Herrn Trump. Nur durch die europäische Brille auf die USA zu schauen, ist ein großer Fehler. Wir sollten uns immer vor Augen halten, dass uns mit den USA kulturell, politisch, ökonomisch und geschichtlich soviel verbindet, dass wir uns nicht irren machen sollten über eine Präsidentschaftswahl. Wir brauchen die USA genauso wie sie uns brauchen und in diesem Geiste sollten wir auf die USA schauen. Ich mag gerade bei der politischen Linken in Deutschland dieses „USA-Bashing“ nicht. Ich halte es, auch vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte, für unangemessen.

***Welche Veränderungen erwarten Sie für die politischen Beziehungen der USA zu Deutschland?***

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich Beziehungen zwischen Staaten permanent verändern und dass man auf der Grundlage gleicher Interessen und gemeinsamer Erfahrung und vor allem auch gemeinsamer Werte, diese Beziehungen immer wieder neu austarieren muss. Sicherlich wird Donald Trump anders auftreten, und manche Vorstellungen und Forderungen haben, die uns im ersten Moment nicht gut gefallen werden. Aber am Ende muss es einen Ausgleich der Interessen geben und ich bin sicher, dass es diesen Ausgleich auch geben wird, denn, ich habe es vorhin schon angesprochen, wir brauchen uns wechselseitig.

***In den Medien findet sich vielfach die Befürchtung, dass der Erfolg von Trump auch den Rechtspopulisten in Europa weiteren Auftrieb verschafft.***

***Wie bewerten Sie das hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen??***

Wir müssen im Landtags- und Bundestagswahlkampf den Menschen eines klar machen: Wer auf einfache Lösungen und Versprechen reinfällt, wird am Tag nach der Wahl enttäuscht. Ob wir auf die Brexit-Kampagne oder ob wir auf Herrn Trump schauen, alle Politiker, die mit einfachen Lösungen und populistischen Formulierungen unterwegs sind, haben gar kein Interesse, ihre Versprechungen einzuhalten. Sie brechen sie häufig schon am ersten Tag. Und das muss man den Leuten ganz klar vermitteln, dann wird die Attraktivität der rechtspopulistischen Parteien auch wieder zurückgehen.

***Eine persönliche Frage zum Schluß: Sie haben Ihre Frau Bettina während der Gründungszeit bei den Jungen Liberalen kennengelernt und einer Ihrer Söhne ist dort mittlerweile auch Mitglied. Ihre Frau ist stellvertretende Kreisvorsitzende und Gesundheitspolitische Sprecherin der Liberalen in Köln. Wieviel Politik findet bei Ihnen zu Hause statt?***

Es gibt bei uns zu Hause den ganz klaren Dreiklang der drei F: Familie, Firma, FDP. Das heißt, zuerst kommen die Interessen der Familie, das ist das Wichtigste. Dann kommen die Interessen des Unternehmens, der Arnold Houben GmbH und die Anforderungen der Praxis meiner Frau. Wir haben Glück, wir sind soweit gesund und fit, unsere beruflichen Engagements sind erfolgreich, und wir sind im täglichen Leben sehr diszipliniert. Das hat immer dazu geführt, dass wir große Freiräume für die Politik gehabt haben. Natürlich wird abends am Esstisch darüber gesprochen, wie es uns geht, was in der Praxis los war und in der Firma, doch dann reden wir nicht über den nächsten Urlaub, sondern lieber über die nächste Ratssitzung.

***Haben Sie einen Lieblingsplatz in Köln?***

Ich bin ja in Bensberg geboren und im Frankenforst aufgewachsen. Und als ich als Siebenjähriger nach Köln in die Großstadt kam, war das für mich schon ein sehr starker Einschnitt. Deswegen ist für mich, auch heute noch, der schönste Ort die Flora und Riehl und drumherum, wo wir glücklicherweise auch wohnen dürfen.

***Herr Houben, herzlichen Dank für das Gespräch.***

[Das Gespräch führte Stephan Wieneritsch.]

# TTIP VOR DEM AUS – SCHADE!

## EINE BILANZ ZUR TTIP-WERKSTATT DER KÖLNER FREIEN DEMOKRATEN

**Vor Donald Trump sah es zuletzt nicht gut aus für TTIP, das Transatlantische Freihandelsabkommen, jetzt sieht es schlecht aus! Kaum jemand erwartet noch einen positiven Abschluss zwischen den USA und der Europäischen Union. Und fast scheint es so etwas wie Erleichterung zu geben, wenigstens in den Reihen der zahlreichen Kritiker dieses Abkommens, die sich nun mit Trump und seinen isolationistischen, großamerikanischen Egokonzepten in einem Boot wiederfinden. Geschieht ihnen recht, denn in dieser Gesellschaft wird deutlich sichtbar, dass auch der hiesige Widerstand in seinem Kern auf nationalen Abschottungsideen aus der Welt von gestern beruht.**

Mit dem Scheitern von TTIP werden viele Chancen vertan – Chancen auf Handelserleichterungen mit den entsprechenden Wachstumsmöglichkeiten und Chancen auf die Entwicklung von internationalen Standards für wirtschaftlichen Austausch, wie sie unseren Wertvorstellungen und Sozialstandards entsprechen. Es bleibt nur zu hoffen, dass diese Unfähigkeit zur Gestaltung einer globalisierten Ökonomie nicht von anderen genutzt wird. Die Zeiten sind inzwischen vorbei, in denen der alte „Westen“ die Weltwirtschaft dominiert hat. Er sieht sich vielmehr wachsender Konkurrenz, insbesondere aus Asien ausgesetzt. Das Tempo und die Regeln werden nicht mehr allein zwischen Amerika, den Europäern und Japan festgelegt. Inzwischen können auch Entwicklungszüge ohne uns abfahren, insbesondere solche chinesischer Bauart.

### **Unterschätzte Widerstände, intransparenter Start**

Wenn man nach Gründen für den unglücklichen Verlauf der Verhandlungen zwischen den USA und der EU fragt, wird man die Antwort in einer Mischung aus unterschätzten ideologischen Widerständen und einer zu Anfang des Prozesses völlig missratenen Öffentlichkeitsarbeit zu suchen haben. Die Idee des Freihandels setzt auf den Abbau von Handelshin-

dernissen zwischen Staaten unter dem Ziel über die ökonomische Vereinfachung Wachstumspotentiale zu heben, aber eben auch – durch die enge Verflechtung der beteiligten Gesellschaften – kulturelle Annäherung und Austausch so zu befördern, dass wachsende Gemeinsamkeiten die nationalen Antagonismen überlagern und auflösen.

### **Rechte und Linke einig im Nein**

Diese Idee ist auch die Gründungsformel der Europäischen Union gewesen, die als Wirtschaftsgemeinschaft gestartet ist. Es ist wohl kein Zufall, dass der Widerstand gegen den Freihandel mit der Krise transnationaler Integration in der EU und darüber hinaus zusammenfällt. Wir erleben das ungute Zusammenwirken von traditionell linker Kapitalismuskritik und neunationalistischer Abschottung gegen die Zumutungen der Globalisierung. In irritierender Ergänzung suchen linke und rechte Bewegungen das Heil in nationalen Lösungen. Dabei ist diese Gleichgerichtetheit nicht immer vordergründig zu erkennen, sie ist wahrscheinlich nicht einmal immer gewollt: So kämpfen ökologische Verbraucherschützer gegen den Import von Gütern, die sie für schädlich halten – von genveränderten Pflanzen bis hin zum sagenumwobenen Chlorhühnchen. Kapitalismuskritische Bewegungen sehen in internationalen Konzernen eine Bedrohung des nationalen Rechtsstaates, der von privaten Schiedsgerichten

ausgehebelt werde. Amerikaskeptische Verteidiger der alteuropäischen Kultur sehen den Ausverkauf kultureller Identität und künstlerischer Vielfalt, wenn z.B. die Buchpreisbindung falle, Kultursubventionen unmöglich würden und die Urheberrechte wegfielen. Die Staatsorientierten fürchten um die Hoheit der Kommunen über die Daseinsvorsorge, wenn Infrastruktur privatisiert werden müsste... Diese Liste der Bedenken ließe sich spielend verlängern, aber schon so ist ein Muster gut erkennbar: Immer müssen die Europäer und besonders die Deutschen geschützt werden vor den Zumutungen amerikanischer Hegemonie.

### **Für den ersten Eindruck gibt es keine zweite Chance**

Es waren aber nicht nur die inhaltlichen Argumente oder die unsachlichen Panikmachten, die TTIP so in Verruf gebracht haben. Diese Kampagnen haben in der anfänglichen Kommunikationsstrategie der Kommission erst die Absprungbasis geliefert bekommen. Es ist leider wahr, dass die Anfänge der TTIP-Verhandlungen ausgesprochen intransparent waren. Nicht einmal das Verhandlungsmandat der europäischen Unterhändler wurde öffentlich gemacht. Dieser Fehler wurde zwar korrigiert, und gerade mit der neuen Handelskommissarin Malmström wurde viel transparenter kommuniziert. Wer sich informieren wollte, konnte es seit dem auf guter Materialbasis tun. Für die

## **BEISPIEL 1: „BUCHPREISBINDUNG“**

### ***Können amerikanische Buchhändler (Amazon) mit TTIP gegen die gesetzliche Buchpreisbindung klagen und so für ihre Abschaffung sorgen?***

*Nein! Die Buchpreisbindung ist eine gesetzliche Regelung, die Inländergleichbehandlung herstellt: Jeder Marktteilnehmer ist in gleicher Weise dieser Regelung unterworfen, so dass keine Diskriminierung einzelner Marktteilnehmer auftritt. Insofern kann auch nicht von einem Handelshemmnis gesprochen werden, das ausländische Investoren benachteiligen könnte. Davon abgesehen, gilt aber auch, dass es sich hier um eine bestehende gesetzliche Regelung handelt, die die Bedingungen auf dem Buchmarkt schon lange und entsprechend berechenbar festlegt. Kein Marktteilnehmer könnte deshalb auf Verschlechterung seiner Investitionsbedingungen klagen. Damit auch zukünftig derartige Marktregulierungen gesetzlicher Art möglich sind, hat das Verhandlungsmandat der EU-Kommission Bereiche definiert, in denen den Mitgliedsstaaten das Recht eingeräumt wird, „die für die Verwirklichung legitimer Gemeinwohlziele erforderlichen Maßnahmen auf dem ihnen zweckmäßig erscheinenden Schutzniveau in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Arbeit, Verbraucher, Umwelt und Förderung der kulturellen Vielfalt, wie in dem Übereinkommen der UNESCO zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen festgelegt, zu treffen“.*

[LD]



## BEISPIEL 2: „CHLORHÜHNCHEN“

Der Begriff steht für (1) die Behandlung von Geflügelfleisch mit Chlorwasser zur Entfernung krankmachender Keime, (2) den Protest gegen Massentierhaltung, (3) die Behauptung, europäische Standards der Lebensmittelsicherheit würden im Rahmen von TTIP verwässert oder aufgegeben und (4) die bislang besonders erfolgreiche Symbolisierung des Protests gegen das Freihandelsabkommen.

Die Geflügelhaltungsformen in den USA und der EU unterscheiden sich nicht wesentlich. Hier wie dort wird in großen Einheiten produziert, und hier wie dort gibt es Probleme mit *Campylobacter* und *Salmonella*, den häufigsten Erregern bakterieller Lebensmittelinfektionen. Eine Übertragung dieser Bakterien kann durch Geflügelfleisch erfolgen, das nicht ausreichend gegart wurde oder vor dem Garen mit anderen Lebensmitteln in Kontakt gekommen ist. So waren in Deutschland 2011 insgesamt 31,6 % der Proben von Hähnchenfleisch mit *Campylobacter*, 6,3 % mit *Salmonellen* besiedelt. In den USA erfolgt die Entkeimung bereits in der industriellen Produktion durch die gesundheitlich unbedenkliche und geschmacklich neutrale Behandlung mit Chlorwasser; in Deutschland beschränkt man sich auf Hinweise zur Küchenhygiene. Dabei gibt es aus wissenschaftlicher Sicht keinen Grund, den deutschen Verbrauchern diese sinnvolle Maßnahme der Lebensmittelhygiene „vorzuenthalten“.

Im Übrigen tangiert das Freihandelsabkommen bestehende EU-Rechtsvorschriften und Standards nicht. TTIP kann weder europäische noch nationale Gesetzgebung ändern, ohne dass EU-Parlament und EU-Rat zustimmen. Produkte und Produktionsverfahren müssen von staatlichen Behörden in den USA wie in der EU nach den dort geltenden Gesetzen zugelassen werden. Weder das europäische noch das US-amerikanische Schutzniveau im Gesundheits-, Lebensmittel- und Verbraucherbereich sind verhandelbar. Nur wo Schutzniveau und Risikoeinschätzung gleich sind, kann über Anerkennung oder Angleichung von Standards verhandelt und können unnötige Unterschiede aufgehoben werden. [Dirk Radermacher]

öffentliche Wahrnehmung jedoch war die Schlacht schon verloren: TTIP wurde seitdem den Geruch eines Geheimabkommens zulasten der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr los.

### TTIP-Werkstatt:

#### Was erreicht wurde und was nicht

In der TTIP-Werkstatt der Kölner FDP, von Gerd Kaspar und mir ins Leben gerufen, haben wir uns mit den genannten Argumenten auseinander gesetzt. Schnell wurde klar, dass neben tatsächlich problematischen Bereichen sehr viele (bewusste) Fehlinformationen eine Rolle spielten. Zur ersten Gruppe gehörten die sehr komplexen Fragen rund um die Schiedsgerichte. Allerdings haben die öffentlichen Diskussionen auch zu einer differenzierteren Position der EU geführt. So wurde von europäischer Seite zuletzt das Modell eines europäischen Handelsgerichtshofes ins Spiel gebracht, der die rechtsstaatlichen Bedenken gegen Schiedsgerichte wegen fehlender Berufungsmöglichkeiten entschärfen konnte.

Zur zweiten Gruppe der offensichtlich propagandistischen Desinformationen gehörten die prominenten Beispiele „Chlorhühnchen“, „Wegfall der Buchpreisbindung“, „Verbot von Subventionen“. Zu ihnen und weiteren Themen haben wir in der Werkstatt kurze Texte zum tatsächlichen Sachstand erarbeitet, die wir gerne auf einer Internetseite der Kölner FDP gebündelt als Position zu TTIP veröffentlicht hätten. Wir müssen aber gestehen, dass der zunehmende Gegenwind und das seit einiger Zeit absehbare

## BEISPIEL 3: „KULTURSUBVENTIONEN“

### Subventionen für kulturelle Institutionen

Häufig wird die Sorge formuliert, mit TTIP würde die Möglichkeit verloren gehen, kulturelle Einrichtungen wie Opernhäuser, Theater, Bibliotheken u.ä. aus öffentlichen Mitteln zu subventionieren. Damit sei die öffentlich finanzierte kulturelle Infrastruktur in ihrer Existenz gefährdet. Diese Befürchtung entbehrt jeder Grundlage. Die EU stellt das Recht auf öffentliche Subventionierung in den TTIP-Verhandlungen nicht zur Disposition. Vielmehr ist eindeutig klargestellt, dass die Mitgliedsstaaten das Recht auf Förderung von kulturellen Einrichtungen durch direkte Zuwendung oder steuerliche Besserstellung o.ä. uneingeschränkt behalten. Das bedeutet auch, dass hier ausdrücklich diskriminierend vorgegangen werden kann, sowohl gegenüber inländischen als auch ausländischen Mitbewerbern. Neben den eindeutigen Festlegungen im Verhandlungsmandat der EU-Kommission ist dies jüngst im Positionspapier der EU „TTIP and Culture“ nachzulesen. Fazit dort: „Claims that TTIP will limit subsidies to cultural activities are simply wrong.“ (ebd, S.6) [LD]

Scheitern der Gespräche, den Arbeitseifer zum Erliegen gebracht hat. In den Kästen, die diesen Artikel begleiten, finden Sie Beispiele von ausgearbeiteten Stellungnahmen zu den genannten Stichworten.

Auch wenn die TTIP-Werkstatt nicht ganz das selbstgesteckte Ziel erreicht hat, so waren die Arbeitssitzungen trotzdem sehr anregende Diskussionsrunden von engagierten Parteifreundinnen und Parteifreunden, die sich intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Das Werkstattformat hat sich insofern sehr bewährt, allerdings ist auch deutlich geworden, dass eine hohe Bereitschaft zur kontinuierlichen Arbeit gefordert ist, die über eine Teilnahme an einem lockeren Diskussionsabend weit hinausgeht.

.....  
Lorenz Deutsch  
Stellv. Kreisvorsitzender der FDP-Köln

### MITWIRKENDE TTIP-WERKSTATT

Thomas Barann, Dr. Christian Beese, Renate Domke, Dr. Barbara Haider, Dr. Gerhard Haider, Lars Ehlers, Zanel Fruchtmann, Volker Görzel, Franz Hegmann, Rolf Heinrichs, Stephan Lank, Markus Pillok, Emitis Pohl, Dirk Radermacher, Thomas Schulz, Dr. Magnus Tessner, Maria Tillessen, Bastian Trage, Anette von Waldow, Dr. Annette Wittmütz, Dushan Wegner

Nach einer Auftaktveranstaltung wurden in mehreren Plenarsitzungen und vier Arbeitsgruppen die Themen Kultur/Kommunikation, Chancen, Investorenschutz und Standards bearbeitet. Außerdem wurden ein Änderungsantrag zum Bezirksparteitag und das TTIP-Positionspapier der Kölner FDP verfasst. Die Werkstatt-Leiter Lorenz Deutsch und Gerd Kaspar danken sehr für die engagierte Mitarbeit!

<sup>1</sup> [http://www.bfr.bund.de/de/presseinformation/2014/26/was\\_tun\\_mit\\_dem\\_huhn\\_mangelnde\\_kuechenhygiene\\_kann\\_krank\\_machen-191702.html](http://www.bfr.bund.de/de/presseinformation/2014/26/was_tun_mit_dem_huhn_mangelnde_kuechenhygiene_kann_krank_machen-191702.html)

<sup>2</sup> Prof. Dr. Lüppo Ellerbroek, Bundesinstitut für Risikobewertung, im Report Mainz-Interview Juni 2014 (<https://www.youtube.com/watch?v=Vr0kEFmqnbs>)

# GRÜN UND SCHWARZ

## EINDRÜCKE EINER REISE IN EINE ÖSTLICHE METROPOLREGION



Das neue Schlesische Museum in der Kulturzone (Riegler Riewe Architekten, Graz/Kattowitz/Berlin. Prof. Roger Riewe ist seit 2008 auch Mitglied des Gestaltungsbeirates der Stadt Köln)

Bild: Wolfgang Domke

Der Empfang in der Villa Goldstein durch den stellvertretenden Stadtpräsidenten und Vertreter der Verwaltung entsprach mit der eindringlichen Bitte um weiteren Austausch, Projektpartnerschaften im Aufbau von Verwaltungsstrukturen und Stadtentwicklung auch unseren Vorstellungen. Die Einladung zum Tag der Deutschen Einheit durch die deutsche Generalkonsulin von Breslau in Katowice im Beisein hochrangiger Mitglieder der Parlamente, des Stadtpräsidenten, der Bürgergesellschaft, der Anwesenheit des zuständigen Staatssekretärs der Landesregierung NRW und unserer 20-köpfigen Gruppe machte deutlich, dass zivilgesellschaftliche Beziehung gestaltet wird, gelebtes Europa eben. Die Eröffnung der Ausstellung „25 Jahre gute Nachbarschaft – Nachwuchsfotografen fotografieren in Köln und Kattowitz“ fand im Anschluss daran im Beisein aller statt.

Wir besuchten Krakau, die heimliche Hauptstadt Polens. Auf die Frage nach den Auswirkungen der aktuellen polnischen Politik stellte die Reiseführerin für sich fest: „Ich bin eine Europäerin!“. Lange standen wir auf der Rückfahrt im Stau aufgrund der Proteste der Bevölkerung gegen die Planung neuer Abtreibungsgesetze, die im Anschluss an die Demonstrationen dann nicht mehr zum Tragen kamen.

Ein Teil der Gruppe fuhr nach Auschwitz in das Zentrum der Finsternis. Wir kamen zurück in Gedanken über Macht und Erniedrigung und der entsetzlichen Erkenntnis, wozu Menschen fähig sind.

Außerhalb des offiziellen Programms auf dem Rückweg besuchten wir Wrocław/Breslau, Europas Kulturhauptstadt mit seiner in Jahrhunderten gelebten Europäischen Bildungsstätte, der Leopoldina, und seiner malerischen Lage an der Oder. In der Nähe der Stadt befindet sich die größte der drei Friedenskirchen, die von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde. Sie entstand kurz nach dem Dreißigjährigen Krieg und kann bis zu 7.500 Menschen aufnehmen.

Wir danken für die große Gastfreundschaft und machen uns verstärkt infolge der vielen Anregungen Gedanken zu Netzwerk-, Projekt- und Themenpartnerschaften.

Auf weiter „gute Nachbarschaft“.

.....  
Renate Domke und Norbert Hilden,  
*Teilnehmer der Bürgerreise  
im Oktober 2016*

### 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag und 25 Jahre Verein zur Förderung des Städtepartnerschaft Köln-Kattowitz e.V.

Grund genug, um die seit langem geplante Bürgerreise in das 1.000 km von Köln entfernte Katowice in die Tat umzusetzen. Städtepartnerschaftsvereine mit ihrem ehrenamtlichen Engagement, regelmäßigen Begegnungen und der Realisierung einer Vielzahl von Projekten sind gelebte kommunale Außenpolitik, wie es der verstorbene Oberbürgermeister von Köln, Dr. Norbert Burger, einmal formulierte und hier insbesondere gelebtes Europa!

### Katowice – for a change – für eine Änderung, im Aufbruch, mitten im Umbruch!

Bis vor kurzem galt die Stadt als Europas meist verschmutzte. Bei ihrem Namen dachte man an rauchende Fabrikschlote, Abraumhalden und Stahlhütten. Nach Schließung vieler Zechen wurde umstrukturiert, insbesondere in Dienstleistungen für namhafte europäische Firmen, IT, Technologien in Zulieferbetrieben für die Automobilindustrie, Business, Kultur und Hochschulbildung. Einen Aufbruch, ja eine pulsierende Energie in der Stadtgesellschaft, erreichte man mit der Bewerbung für die Kulturhauptstadt; dass die Auszeichnung nur knapp verfehlt wurde, spielt eine untergeordnete Rolle, Innovation ist überall zu spüren. Die Transformation der Stadt gelingt in moderne Bürohäuser, beeindruckende Einkaufs-

passagen namhafter Architekten, Tagungs- und Kulturzentren, Verkehrsverbindungen und vielerlei Grün.

Auf einer ehemaligen Abraumhalde, auf der noch vor kurzem das Bergwerk „Katowice“ in Funktion war, schuf die Stadt ihre „Kulturzone“, ein vorzügliches Geschenk für Katowice als Metropolstadt und Herz der schlesischen Woiwodschaft zugleich zum 150. Geburtstag der Stadt. In vorbildlicher Revitalisierung befindet sich das neue Schlesische Museum mit der Darstellung der wechselvollen oberschlesischen Geschichte. Wir erfuhren, dass in vielen Familien unterschiedliche Staatsbürgerschaften vorhanden sind als Ausdruck einer Anpassung an die Spuren der Zeit. Ein internationales Kongresszentrum ist das strategische Objekt für die Entwicklung der Business-touristik mit der Stadt Katowice als Gastgeber europäischer Events.

Der neue Konzertsaal NOSPR mit seiner beeindruckenden Akustik ist ein Highlight der Musikstadt Katowice. Man sagt, dass Schlesien Polens Blues-Mekka sei. „Alles ist Blues. Die Arbeit. Der Schmutz. Die ganze Misere des Lebens“, so sagt der Vater des polnischen Blues, Jan Skrzek. Er widmete den Bergarbeitern eine trauervolle Mundharmonika-Melodie, die ähnlich klingt wie die nicht enden wollenden Schichten unter Tage. Das jährlich stattfindende Rawa-Blues-Festival im Herbst zeugt von dieser Tradition. Auf Einladung der Stadt erlebten wir einen emotional beeindruckenden Abend.

# NRW-LANDESPARTEITAG IN NEUSS



Bei den Kölner Delegierten kann man es immer besonders gut erkennen: Die Stimmung bei den Liberalen ist gut! (V.l.n.r.) Oben: Marc Stephen Pohl, Bettina Houben, Gerd Kaspar, Katja Hoyer, Markus Pillok, Hans H. Stein, Marlis Pöttgen, Christian Nüsser, Maria Westphal, Lorenz Deutsch, Dr. Annette Wittmütz, Sylvia Laufenberg, Dr. Rolf Albach, Thomas Barann und Ralph Sterck. Vorne: Yvonne Gebauer, Reinhard Houben und Ulrich Breite.

Ende November trafen sich die Delegierten der NRW-FDP zur Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtags- und Bundestagswahl 2017 sowie zur Beratung des Landtagswahlprogramms. Christian Lindner wurde mit 95 % zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt. Yvonne Gebauer wurde auf Platz 9 und Lorenz Deutsch auf Platz 30 der Landesliste gewählt.

Für die Bundestagswahl wählten die Delegierten ebenfalls Christian Lindner zu ihrem Spitzenkandidaten. Reinhard Houben wurde mit 84 % auf Listenplatz 8 gewählt. Auf Platz 29 der Landesliste tritt als zweitplatzierte Kölnerin Dr. Annette Wittmütz-Heublein an, der mit 68 % gewählt wurde. Die beiden anderen Kölner Direktkandidaten Dr. Rolf Albach und Volker Görzel wurden auf die Plätze 36 und 44 gewählt.

[pm]

## LIBERALE ANTWORTEN

### Marlis Pöttgen

Mitglied der Bezirksvertretung Ehrenfeld



Bild: FDP-Köln

**Marlis Pöttgen wurde 1960 geboren und ist in Neuhrenfeld aufgewachsen. Als Diplom-Mathematikerin arbeitet sie im IT-Resort bei einem großen Kölner Versicherungskonzern. Der FDP trat sie 1984 bei. Sie ist Vorsitzende des FDP-Stadtbezirksverbandes Ehrenfeld und Vorstandsmitglied der Bürgervereinigung Köln-Ehrenfeld. Die FDP hat sie seither in verschiedenen Gremien der Stadt vertreten. Bereits seit 1999 ist sie Mitglied der Bezirksvertretung Ehrenfeld. Seit Herbst ist sie dort turnusmäßig auch Vorsitzende der FDP/Piraten-Fraktion.**

**1. Auf welche eigene Charaktereigenschaft sind Sie besonders stolz?**

Meine Toleranz.

**2. Was mögen Sie an sich gar nicht?**

Wenn ich ungeduldig und aufbrausend werde.

**3. Welches politische Projekt würden Sie gerne beschleunigt wissen wollen?**

Den Bau neuer Schulen in Köln.

**4. Wem würden Sie mit welcher Begründung einen Orden verleihen?**

Allen Ehrenamtlern, die sich in unserer Gesellschaft engagieren, z. B. in Sportvereinen, in der Kirche, bei der Freiwilligen Feuerwehr, der Caritas oder dem Roten Kreuz.

**5. Welche Persönlichkeit in der Geschichte bewundern Sie?**

Helmut Schmidt.

**6. Wie und wo würden Sie gerne mal Ihren Urlaub verbringen?**

Ich würde gerne in Mittelamerika die Kulturstätten der Inkas und Azteken besuchen.

**7. Welches Kulturereignis haben Sie in der letzten Zeit besucht?**

Escht Kabarett im BüZe.

**8. Welches Buch würden Sie auf eine einsame Insel mitnehmen?**

Die Bibel.

**9. Welches Lied singen Sie gern unter der Dusche?**

Ich singe nie unter der Dusche.

**10. Wo hätten Sie gern Ihren zweiten Wohnsitz?**

In Köln irgendwo am Rhein z. B. in Langel.

**11. Was verbindet Sie mit Köln?**

Meine Familie wohnt seit über 100 Jahren in Neuhrenfeld. Hier in Ehrenfeld bin ich einfach zu Hause.

**12. Was können Sie besonders gut kochen?**

Spagetti Bolognese.

**13. Was ist Ihr Lebensmotto?**

Alles wird gut.

**14. Was steht auf Ihrem Wunschzettel?**

Gesundheit für meine Familie und mich.

## NICOLA BEER BEIM GÄNSEESSEN

## LIBERALER TREFF ZU „OLYMPIC CITY 2028“

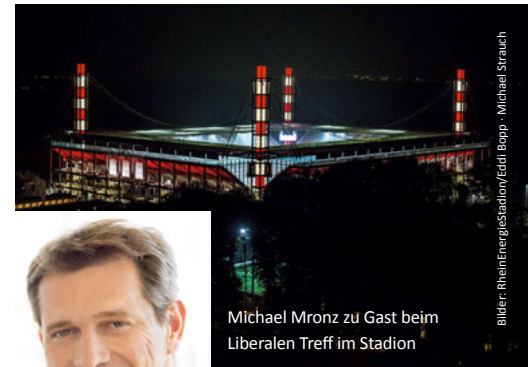


Nicola Beer, MdL, besuchte die Liberalen in Lindenthal

Die FDP im Kölner Westen und ihr Vorsitzender Mark Pohl konnten zu ihrem traditionellen Gänseessen über 60 Gäste begrüßen. Der diesjährige Ehrengast hieß Nicola Beer, Generalsekretärin der FDP. In ihrer Rede wagte sie einen freidemokratischen Blick in die Zukunft mit den Schwerpunkten Digitalisierung, Bildung und Rechtsstaatlichkeit.

Auf das kommende Wahljahr war auch die Quizfrage an die Gäste ausgerichtet. Sie sollten erraten, welches Ergebnis die FDP bei der letzten Landtagswahl 2012 im Wahlkreis Lindenthal an Zweitstimmen erreicht hat. Die beiden „Quizmaster“ Gerd Kaspar und Ulrich Breite, beide im Vorstand der FDP im Kölner Westen, erstaunten das Publikum mit beeindruckenden Zahlen über den Stadtbezirk. Im Beisein der Wahlkreiskandidatin, Ratsfrau Katja Hoyer, zog Nicola Beer die richtige Lösung aus dem Umschlag: Die FDP erreichte bei der letzten Landtagswahl 2012 im Wahlkreis Lindenthal 14,9%! Drei Gäste hatten das richtige Ergebnis getippt und freuen sich jetzt nun auf eine persönliche Führung der FDP-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Yvonne Gebauer durch den Düsseldorfer Landtag.

[ubr]



Michael Mronz zu Gast beim Liberalen Treff im Stadion

Am 30. November lud die Ratsfraktion zum letzten Liberalen Treff in diesem Jahr ein. Austragungsort war die Lounge des RheinenergieStadions. Passend zur sportlichen Umgebung begrüßte Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite als Gastgeber diesmal den Sportmanager Michael Mronz, der eines seiner aktuellen Projekte vorstellte: eine mögliche Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für die Olympischen Spiele im Jahr 2028. Seiner Einschätzung nach wäre eine gemeinsame Bewerbung als Region und nicht als einzelne Stadt sehr viel erfolgversprechender. Gerade in unserer Region in NRW, von Bonn bis Gelsenkirchen, wären die Voraussetzungen optimal. 70 Prozent aller benötigten Sportstätten sind hier bereits verfügbar und müssten dann nur noch auf den neuesten Stand gebracht werden. Auch die hiesige Verkehrsinfrastruktur und der Breitensport würden stark davon profitieren können. In einem sehr engagierten Dialog wurde anschließend von den fast 50 Gästen aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Vor- und Nachteile eines solchen Engagements diskutiert. [swi]

dass der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag im September 2017 gelingen wird!

Nach einer lebhaften Diskussion zu dem Statement von Gerhart Baum beschloß ein köstliches italienisches Buffet einen erfolgreichen politischen Abend der FDP Köln-Süd/Rodenkirchen. [khd]

## BAUM ZU GAST IN RODENKIRCHEN



Gerhart Baum analysierte als Ehrengast liberale Politik

Zur traditionellen Jahresabschlussveranstaltung der FDP Köln-Süd/Rodenkirchen im Kölner Ruderverein sprach Ende November Gerhart Baum zum Thema „Liberaler Politik für Freiheit und Sicherheit in Deutschland“.

Vorsitzender Stephan Goertz konnte viele Gäste aus der Bürgerschaft des Kölner Südens sowie von Kreisvorstand und Ratsfraktion begrüßen, so u.a. Lorenz Deutsch, Dr. Annette Wittmütz, Katja Hoyer und Reinhard Houben.

Gerhart Baum analysierte die kritische politische Lage in vielen Staaten Europas mit starken rechten und linken Strömungen

in den Bevölkerungen, weil die Volkswirtschaften die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Globalisierung einschließlich der Flüchtlingsbewegungen teilweise nur unzureichend bewältigt haben. In den nächsten Monaten stehen Wahlen in Österreich, Italien, Niederlande, Frankreich und Deutschland bevor, deren Ergebnisse die EU nach dem Brexit herausfordern werden.

Die unklare politische Haltung der USA nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten birgt nach Meinung von Baum vielfältige Gefahren für die Weltwirtschaft und die Sicherheit in der Weltpolitik; z.B. bleibt es bei dem Atomvertrag mit dem Iran?

In Deutschland sieht Baum die Sicherheit der Bevölkerung mit den bestehenden Gesetzen und deren Vollzug durch einen starken Staat gewährleistet und die Flüchtlingskrise bei den gegenwärtigen Zahlen weitgehend als bewältigt an.

Für die FDP unter der Führung von Christian Lindner ist Baum sehr optimistisch,